

P R E S S E I N F O R M A T I O N

Kritische Analyse der politischen Struktur unseres Schul- und Bildungssystems

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir waren mehr als 30 Jahre lang in der LehrerInnenausbildung an den Universitäten Bremen/ Zürich und an der Freien Universität Berlin tätig; davor selbst als Lehrer/Schulleiter engagiert und stehen bis heute in Kontakt mit Schulen. Wir glauben deshalb, mit der Schulwirklichkeit, den Ausbildungsproblemen sowie der schul- und bildungspolitischen Entwicklung in Deutschland vertraut zu sein. Auf dem Hintergrund unserer Erfahrungen fordern wir eine grundlegende politische und strukturelle Reform des Schul- und Bildungssystems in Deutschland:

- In Übereinstimmung mit anderen namhaften Bildungsforschern und Erziehungswissenschaftlern die Installierung eines Nationalen Bildungsrates (NB) nach dem Muster des ehemaligen Deutschen Bildungsrates und des derzeitigen Wissenschaftsrates, dessen Konzeption von der Robert-Bosch-Stiftung am 06.03.2012 veröffentlicht worden ist (vgl. Baumert, J. u.a.: „Plädoyer für die Einrichtung eines Nationalen Bildungsrats“).
- Der NB sollte jedoch im Gegensatz zu den Vorstellungen der Arbeitsgruppe um Baumert als oberste Entscheidungsbehörde für inhaltliche und organisatorische Fragen unseres Bildungssystems zuständig sein. Das bedeutet: Die Schaffung eines Bundeskultusministeriums an Stelle des bisherigen Bundesbildungsministeriums als ausführendes Organ und Kontaktstelle gegenüber den Bundesländern und die Abschaffung der dadurch überflüssig werdenden, ineffektiv arbeitenden Institution der Kultusministerkonferenz (KMK) sowie die Überwindung der bisher bestehenden föderalen Strukturen im Bildungsbereich.
- Eine Strukturrahmung für das Bildungssystem, um das Nebeneinander von Schulformen, Bildungsgängen, Abschlüssen, Curricula und Qualitätskriterien zu überwinden (vgl. Arbeitsgruppe Baumert u.a.).
- Die Beseitigung von Risikolagen für den Bildungserfolg von Kindern bezogen auf ein so genanntes bildungsfernes Elternhaus, die Arbeitslosigkeit beider Eltern sowie eines Einkommens unter der Armutgefährdungsgrenze; damit die Umsetzung adäquater Konsequenzen aus den PISA-Untersuchungen.
- Eine angemessene Sprachförderung von sozial benachteiligten sowie Migrantenkindern, eine ausreichende Zahl an Kindertagesstätten und Ganztagschulen, die Gemeinschaftsschule für die ersten zehn Schuljahre sowie die Senkung der Klassenfrequenzen auf 20 Schüler und die Erhöhung der Zahl entsprechend qualifizierter Lehrer.
- Die Institutionalisierung der Kooperation von Schule und Jugendhilfe, von Schulsozialarbeit, Schulpsychologie sowie Beratung und Supervision als fester Bestandteil jeder Schule.
- Eine grundlegende Revision der LehrerInnenbildung, damit der Frontalunterricht weitgehend überwunden, die Erkenntnisse der aktuellen Lernforschung im Projektunterricht umgesetzt und zwingend erforderliche besondere Kompetenzen in den Bereichen Individualisierung, Binnendifferenzierung und offenen Lernformen angeeignet werden können.

Wir möchten Sie bitten, sich für die Lektüre des beigefügten Manifests, in dem die genannten bildungspolitischen Forderungen ausführlich begründet werden, Zeit zu nehmen und das Manifest wie die resultierenden Forderungen in Ihrem Presseorgan zu unterstützen.

Wir danken für Ihre Aufmerksamkeit!